

Alibi-Kommission?

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen**

Band (Jahr): **2 (1976)**

Heft 3

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-358388>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

8. März - Kampftag der Frauen

Schon 1857, am 8. März, streikten in New York Textilarbeiterinnen für gleichen Lohn und Arbeitszeitverkürzung. Am 8. März 1909 demonstrierten die New Yorkerinnen für das Frauenwahlrecht und gegen Kinderarbeit.

Vor 66 Jahren beschloss die Internationale Sozialistische Frauenkonferenz: Jedes Jahr soll ein Frauentag durchgeführt werden, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dient. Der Frauentag muss internationalen Charakter haben.

Am 8. März 1911 veranstalteten die Frauen in Oesterreich, Dänemark und der Schweiz Kundgebungen und Demonstrationen für die Gleichberechtigung der Frau. Dass es den Sozialistinnen um mehr als ein formales Recht ging, zeigt ein Flugblatt, in dem sie schrieben:

"Die Frauen(...) sind oft noch viel schlimmeren Gefahren ausgesetzt als der Mann und bedürfen aus diesem Grunde dringend des Wahlrechtes, um in diesen Kämpfen gerüstet und wehrfähig zu sein. Folgende Beispiele mögen das zeigen.

Die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit ist ohne Zweifel notwendiger für die erwerbstätige Frau als für den Mann. Einmal hat die Frau neben der Erwerbsarbeit durchweg noch Hausarbeit zu leisten. Die doppelte Arbeitslast untergräbt ihre Gesundheit, lässt sie früh altern und früh invalid werden, raubt ihr Lebensmut und -freude. Zweitens hat die erwerbstätige Frau noch die Lasten und Beschwerden der Mutterschaft zu tragen, und jede Gesundheitsschädigung der Mutter trifft fortwirkend auch das Kind. Im Interesse der eigenen Gesundheit und der kommenden Generation würde also sicher die Frau ihr Wahlrecht nutzen, um eine starke Verkürzung der Arbeitszeit durch die Gesetzgebung durchzusetzen (...)"

Der Internationale Frauentag war immer auch ein Kampftag gegen Imperialismus und Krieg, für Frieden und Internationalismus. Letztes Jahr nahmen die Progressiven Frauen erstmals seit langem die Tradition des Frauentages wieder auf. "Für die Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs" und "Für Sicherheit des Arbeitsplatzes für Frauen" waren die beiden Hauptparolen, unter denen Hunderte von Frauen auf die Strasse gingen.

Emanzipation

Jahresabonnement Fr. 5.-
Unterstützungsabo Fr. 10.-

Ich abonniere "EMANZIPATION"

Name _____

Vorname _____

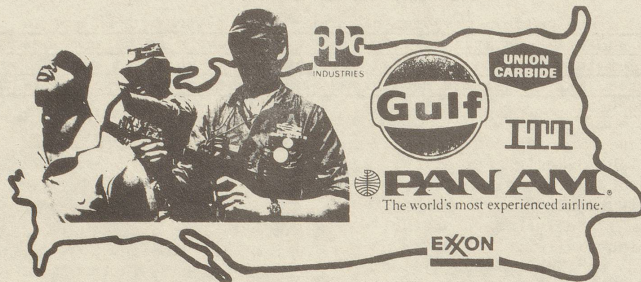
Beruf _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Unterschrift _____

Einsenden an: "EMANZIPATION"
Postfach 338, 4001 BASEL
PC 40-31468



Puerto Rico: Völkermord durch Sterilisation

35% aller Frauen Puerto Ricos sind heute sterilisiert. Dies ist der höchste Prozentsatz der ganzen Welt.

Seit 1925 ist Puerto Rico das Grosslabor der amerikanischen Chemieindustrie für die Erprobung antikonzepzioneller Mittel. Die puertoricanischen Frauen sind die Versuchstiere zur Erprobung von verschiedenen Antibabypillen, die noch im Versuchsstadium sind. Die Verkaufszulässigen Pillen, wie auch die andern Verhütungsmittel sind für die Bevölkerung nicht bezahlbar. So bleiben den Puertoricanerinnen nur zwei Möglichkeiten, wenn sie eine Schwangerschaft verhüten wollen: entweder sie stellen sich als Versuchstiere zur Verfügung, oder sie lassen sich sterilisieren. Die Massensterilisationen von Frauen wird seit 1948 von staatlichen Stellen gefördert. 1949 wurden bereits bei 17,8% der Geburten, die in Krankenhäusern stattfanden, die Frauen anschliessend, teilweise ohne deren Wissen, sterilisiert. Heute sind 35% aller Frauen sterilisiert. Diese Politik bedeutet auf lange Sicht Völkermord.

WELCHE INTERESSEN STEHEN DAHINTER?

Von 1492 bis 1898 war Puerto Rico eine spanische Kolonie. Aufstände und Rebellionen zwangen Spanien 1898 die Autonomie des Landes anzuerkennen. Aber im gleichen Jahr noch, als die Puertoricaner ihre Freiheit errungen hatten, fielen die Amerikaner im Lande ein, und kolonisierten es erneut. Seit 1952 ist Puerto Rico nun offiziell "Freier assoziierter Staat" der USA. Dieser Status ist nichts anderes als ein geschicktes Make-up für die andauernde Kolonialisierung



s Spätzli meint...

Die Botschaft hör ich wohl...

In einer Botschaft des Bundesrates Brugger "zur Stellung der Frau in der Rezession" steht, dass die Entlassung von Frauen in der Krise, weil sie Zweitverdienerinnen sind, "im Geiste menschlicher Solidarität akzeptiert werden müsse. Man könnte ja mal die Profite im Geiste menschlicher Solidarität kürzen. Nicht wahr, Herr Bundesrat?"

des Landes. "Assoziierter Staat der USA" bedeutet nichts weniger als Verwendung der Insel als wohl wichtigster militärischer Stützpunkt der USA auf dem ganzen amerikanischen Kontinent. In Puerto Rico befinden sich gigantische Waffendepots und zentrale Ausbildungslager für US-Söldner, die zur Zerschlagung allfälliger Volksbewegungen in Lateinamerika eingesetzt werden. Die USA haben in Puerto Rico 9 Mia. US-Dollars, mehr als in ganz Lateinamerika, investiert. Zugunsten dieser industriellen Investitionen lief damit eine systematische Verkümmern der Landwirtschaft einher. Resultat: Puerto Rico ist heute von der Einfuhr von Lebensmitteln aus den USA abhängig. Die Lebensgrundlage von 2 Mio. Puertoricanern wurde dadurch zerstört.

ARBEITSLOSIGKEIT!

Nachdem die US-Monopole und die militärischen Anlagen der USA 10% des gesamten landwirtschaftlichen Anbaufläche zerstört hatten und damit ein riesiges Heer von arbeitsloser, entwurzelter Landbevölkerung verursacht hatten, erklärt nun die Kolonialregierung die Arbeitslosigkeit mit der Ueberbevölkerung und propagiert die Massensterilisation und begünstigt die Emigration in die USA. Von den 4,7 Mio. Puertoricanern sind bisher 40%, also 2 Mio, gezwungen gewesen, das Land zu verlassen. Arbeitslosigkeit und Armut haben sie in die Emigration nach den USA getrieben. Dort sind sie Teil des rassistisch diskriminierten Heeres der billigen Arbeitskräfte. Andererseits wird die Einwanderung von Nordamerikanern nach

Progressive Frauen Schweiz

5001 Aarau, Postfach 15
Tel. 064/22 56 53
4133 Pratteln, Postfach 144
Tel. 061/ 81 20 89
4001 Basel, Postfach 338
Tel. 061/ 25 58 29
3001 Bern, Postfach 1977
Tel. 051/ 22 58 32
6000 Luzern, Postfach 69
Tel. 041/ 23 95 69
8201 Schaffhausen, Pf. 553
Tel. 053/ 4 79 48
4500 Solothurn, Pf. 144
Tel. 065/ 22 37 15
9004 St.Gallen, Pf. 143
Tel. 071/ 22 60 76
8027 Zürich, Postfach 539
Tel. 01/ 39 20 94
8402 Winterthur, Pf. A 146
Tel. 052/ 23 80 91
5600 Olten, Postfach 644

Puerto Rico mit staatlichen Mitteln gefördert. Diese Bevölkerungspolitik zielt darauf ab, die Puertoricaner als eigenständiges, freihandliebendes Volk mit eigener lateinamerikanischer Kultur zu zerstören, und die Herrschaft des US-Imperialismus und der Monopole zu verewigen. est

Payerne:
STREIK IN DER UHRENFABRIK

40% der vorwiegend weiblichen Belegschaft der Uhrenfabrik Massa Maret Assortiments haben auf Ende Februar die Kündigung erhalten. Alle andern wurden auf Kurzarbeit gesetzt. Die Belegschaft hat mit einem Streik dem Unternehmer klar gemacht, dass sie für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze kämpfen werde. Die Belegschaft hält den Betrieb besetzt.

40-Std.-WOCHE-INITIATIVE

Die nationalrätliche Kommission hat ohne Gegenvorschlag die Initiative der POCH für die Einführung der 40-Std.-Woche abgelehnt. Auch ein Antrag Renschler zur stufenweisen Einführung der 40-Stunden-Woche wurde mit 10:3 Stimmen abgelehnt. Damit dürfte nun die Haltung der Unternehmenseite in der Frage der Arbeitszeitverkürzung klar sein, obwohl die Arbeitgeberseite vor dem SGB-Kongress den Gewerkschaften diesbezügliche Versprechungen gemacht hat.

FRAUENTRIBUNAL

Vom 4.-8. März 1976 findet in Brüssel das 1. Internationale Frauentribunal statt. Frauen aus Europa, den USA und der Dritten Welt werden Vergehen gegen Frauen, die sie aus eigener Erfahrung kennen, anprangern (Mangel an politischem Einfluss, Unterbezahlung, Misshandlungen, Vergewaltigungen). "Emanzipation" wird über das Frauentribunal berichten.

ALIBI-KOMMISSION ?

Die SVP befürchtet, die vom Bundesrat eingesetzte Kommission für Frauenfragen stifte nur Zwietracht und mache Frauen unnötigerweise unzufrieden. Wir dagegen fragen uns: wie kann diese Kommission, in denen die fortschrittlichen Frauenorganisationen (PFS, FBB etc.) nicht vertreten sind, dazu beitragen, mindestens darüber zu wachen, dass sich die Stellung der Frauen in der Schweiz nicht noch mehr verschlechtert? Von den Frauenorganisationen sind in der Kommission nur vertreten: der Bund Schweizerischer Frauenorganisationen, der Katholische und der Evangelische Frauenbund, der Gemeinnützige Frauenverein und der Landfrauenverband.

STOCKHOLMER APPELL

Die Internationale Demokratische Frauenföderation rufen zum 8. März auf, die Kampagne für Frieden und Abrüstung zu nutzen und fordern die Unterstützung des Stockholmer Appells 1975: für das Verbot von Kernwaffen und aller Arten von Massenvernichtungsmitteln; für die allgemeine und vollständige Abrüstung; für die baldige Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz der Vereinten Nationen.